

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Westliche Solidarität tut not

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1991) : Westliche Solidarität tut not, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 9, pp. 430-431

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136792>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

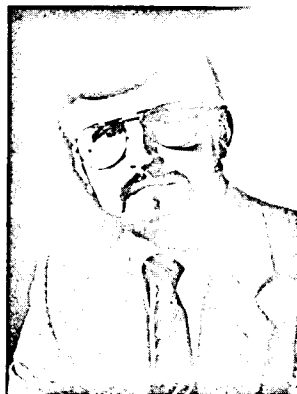
Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Westliche Solidarität tut not



Klaus Bolz

Nach dem fehlgeschlagenen Putsch hatte sich die Diskussion über Hilfsmaßnahmen zugunsten der Sowjetunion zwar sofort verstärkt, eine neue Dynamik und ein auf die Formulierung konstruktiver Hilfskonzepte gerichtetes Denken zeichnete sich aber erst jüngst auf der KSZE-Konferenz in Moskau ab. Auch die Abstimmungsgespräche der G 7 hatten bisher nicht mehr erbracht, als daß man sich weiter im wesentlichen nur auf den sehr kleinen gemeinsamen Nenner humanitärer und gewisser technischer Hilfe verständigen konnte. Weiterreichende Hilfsmaßnahmen sind dagegen unverändert und pauschal von dem Übergang zur Marktwirtschaft abhängig gemacht worden.

Am entschiedensten trat noch die Bundesrepublik Deutschland für weitere Hilfen ein. Jedoch möchte sie unter Hinweis auf die eigenen bereits erbrachten Leistungen zunächst einmal die anderen Länder zu entsprechenden Solidarbeiträgen veranlassen. Dies hat bei den anderen westlichen Regierungen bisher wenig Eindruck gemacht. Andere Regierungen empfinden die bisherige deutsche Unterstützung der Sowjetunion weniger als Vorleistung bzw. Vorbild für ihre eigene Politik, sondern bringen diese wohl eher mit speziellen deutschen Interessen in Verbindung. Die im Verlauf der Ära Gorbatschow gewonnene Sicherheit sollte es der deutschen Seite aber nicht schwerfallen lassen, durch die Umlenkung geringer Teile der deutschen Militärausgaben einen zusätzlichen Beitrag zugunsten der Sowjetunion und damit indirekt auch zur Vermeidung von Wanderungsbewegungen aus dem Osten zu leisten. Um ihre besonderen Interessen durchzusetzen, sollten sich Deutschland und Europa im übrigen international an die Spitze der Organisation und Koordination von Hilfsprogrammen setzen.

Auch wenn man bei den gegebenen ökonomischen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen vernünftigerweise derzeit keine Hilfe in zweistelliger Milliardenhöhe zur Finanzierung nicht eindeutig definierter Aufgaben in der Sowjetunion empfehlen kann, so würde der Westen – insbesondere Europa – seiner weltpolitischen Verantwortung nicht gerecht, wenn er mit einer umfassenderen Hilfe solange wartete, bis die Erfolge der Wirtschaftsreform eindeutig zu erkennen sind. Vielmehr müssen bereits die ersten Schritte auf dem Wege in eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch materiell unterstützt werden. Die Ablösung der alten Sowjetunion durch ein neues Staatengebilde und einige unabhängige Staaten hat inzwischen die Voraussetzungen dafür entscheidend verbessert. Sämtliche Republiken haben nun die Chance, einzeln oder im Verbund mit anderen ihren Weg in die Marktwirtschaft zu gehen. Mehrere der ehemaligen Sowjetrepubliken haben aber auch schon in den vergangenen zwei Jahren nicht nur theoretisch, sondern auch in der praktischen Umsetzung Schritte in Richtung eines neuen, marktwirtschaftlich orientierten Systems getan.

Vor diesem Hintergrund macht es eigentlich wenig Sinn, wenn der Westen, allen voran die USA und Großbritannien, weiterreichende Hilfezusagen von sehr pauschal formulierten Bedingungen abhängig machen will. In welche Richtung der Wandel zu vollziehen ist, das muß der Mehrzahl der verantwortlichen sowjetischen Politiker und Wissenschaftler heute nicht mehr gesagt werden. Externer Rat ist im wesentlichen für einzelne Maßnahmen und deren zeit-

liche Abfolge gefragt. Um in diesem Sinne fruchtbare Beratung leisten zu können, müssen sich potentielle Berater erst einmal besser als bisher mit den aktuellen ordnungspolitischen Gegebenheiten in der Sowjetunion auseinandersetzen. Anfangs wäre es schon eine wirkungsvolle Hilfe, das bisherige „Gesetzeswerk“ der Union und einzelner Republiken zu sichten, auf Widersprüche abzuklopfen und in sich stimmig zu machen. Von zentraler Bedeutung dürfte die Beratung im Hinblick auf grundlegende währungspolitische Entscheidungen einzelner Republiken sein.

Wenn globale Finanzzuweisungen an Institutionen der Union und einzelner Republiken gegenwärtig nach wie vor nicht angebracht sind, so sollten die westlichen Staaten aber schnell und unbürokratisch prüfen, für welche Zwecke schon heute Mittel wirkungsvoll eingesetzt werden könnten; anderenfalls machen sie sich verdächtig, sich nur ein Alibi für ihre unterentwickelte Leistungsbereitschaft und ihre mangelnde internationale Solidarität bezüglich der Lastenverteilung verschaffen zu wollen.

Gegenwärtig bietet sich eine ganze Reihe von Einsatzmöglichkeiten westlicher Hilfe an, die entweder dem Wirtschaftsprozess direkt zugute kommen können oder aber die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umgestaltung der Wirtschaft verbessern. So ließe sich mit begrenzten Mitteln wahrscheinlich verhindern, daß die Ölproduktion der Sowjetunion weiter absinkt und damit die Gefahr einer unzureichenden Versorgung der sowjetischen Wirtschaft und weiter sinkender Deviseneinnahmen wächst.

Angesichts des schlechten Zustandes weiter Bereiche der Infrastruktur spricht wohl kaum etwas dagegen, wenn der Westen umgehend auch die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur unterstützt. Investitionen in das Schienen- und Straßennetz, in die Telekommunikation, aber auch in das Gesundheitswesen haben hohe Priorität. Nicht weniger wichtig ist die Förderung des Ausbildungswesens, um auf allen Unternehmensebenen die für das Funktionieren einer Marktwirtschaft unabdingbaren Qualifikationen wie Management-, Organisations- und Marketing-Know-how zu vermitteln. Die bisherigen Programme reichen bei weitem nicht aus. Der DIHT und das Auswärtige Amt haben die Weiterbildung von rund 3000 sowjetischen Fach- und Führungskräften organisiert und finanziert. Weiterbildungsbedarf besteht aber für einen Kreis von mehreren hunderttausend Personen. Die Vermittlung marktwirtschaftlicher Qualifikationen sollte deshalb kurzfristig zur internationalen Gemeinschaftsaufgabe erklärt werden.

Der Westen sollte sich schon heute darüber im klaren sein, daß er bei der Finanzierung der vielschichtigen Anpassungsprozesse im Rahmen der ordnungspolitischen Umgestaltung nicht wird abseits stehen können. Er ist deshalb gut beraten, schon heute Vorstellungen über das Maß seiner eigenen Leistungsbereitschaft zu entwickeln. Diese Hilfe muß für die Republiken berechenbar und sicher sein, damit Reformschritte und -tempo realistisch konzipiert werden können. Wenn der Westen sicher auch nicht bereit sein wird, zur Unterstützung des Transformationsprozesses Mittel in vergleichbaren Größenordnungen aufzubringen, wie sie die alte Bundesrepublik für die neuen Bundesländer zur Verfügung stellt, dürften die 50 Mrd. US-Dollar jährlich, die im Jawlinski-Allisson-Programm genannt worden sind, für eine wirkungsvolle Hilfe wohl doch die absolut unterste Grenze bilden.

Eine weitere von den Hilfsmaßnahmen nicht zu trennende Frage bedarf einer klärenden Antwort. In einer potentialorientierten Betrachtung läßt sich bei der Sowjetunion mit einer Bruttoverschuldung in Höhe von rund 65 Mrd. US-Dollar nicht von einer Überschuldung und der Notwendigkeit eines Schuldenerlasses sprechen. Künftig werden aber die einzelnen Republiken für bestimmte Beträge dieser Hartwährungsschulden aufkommen. Und da stellt sich nun in der Phase des Übergangs zu einem neuen System die Frage, ob nicht zumindest einige der künftig wirtschaftlich selbständigen Republiken durch diese Schuldenlast in ihrer Entwicklung von vornherein behindert sein könnten. Es gehört deshalb auch in die Verantwortung des Westens zu überprüfen, ob nicht einigen Republiken – nachdem diese sich ohne Vorbehalt zur Übernahme eines Teils der alten Unionsschulden bekannt haben – durch einen Schuldennachlaß geholfen werden sollte. Dabei könnte man diesen Schuldennachlaß durchaus nur in Abhängigkeit von konkreten Fortschritten in Richtung Marktwirtschaft in Aussicht stellen.